



HESSISCHER LANDTAG

17. 05. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Optimierungsmöglichkeiten und Synergieeffekte beim Netzausbau nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag sieht im bedarfsgerechten und vorausschauenden Ausbau von Strom-, Gas- und Fernwärmenetzen eine wichtige Voraussetzung, um die Energiewende hin zu einer möglichst dezentralen Erzeugung von erneuerbaren Energien schnellstmöglich voranzutreiben.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass beim derzeitigen Stromübertragungsnetz überwiegend auf zentrale Großkraftwerke und zentrale Großabnehmer ausgerichtet und den Anforderungen einer dezentralen Energieversorgung nicht gewachsen ist. Darüber hinaus liegt ein erheblicher Modernisierungstau vor. So hatten die Stomnetzbetreiber vor dem Zusammenbruch zahlreicher Strommasten unter der Schneelast im Raum Münster 2005 die Investitionen zwischen 1995 und 2004 halbiert.
3. Der Hessische Landtag kritisiert, dass den Aussagen der dena-Netzstudie unveröffentlichte und daher nicht nachvollziehbare Daten der Netzbetreiber zugrunde liegen. Außerdem ist der geforderte Netzausbau von 3.600 km ausschließlich auf den kostenoptimalen Kraftwerkseinsatz ausgelegt.
4. Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass Optimierung und Verstärkung Vorrang vor einem Netzausbau haben müssen. Mit Maßnahmen wie Leitseilmonitoring, Hochtemperaturseile und verbessertem Lastmanagement könnte der Ausbaubedarf auf 1.700 Kilometer reduziert und darüber hinaus bei höherer Akzeptanz bei der Bevölkerung schneller umgesetzt werden.
5. Der Hessische Landtag sieht in dem bestehenden rund 8.000 km umfassenden bahneigenen Leitungsnetz weitere Synergieeffekte, um den Netzausbau schnell und effektiv voranzubringen.
6. Der Hessische Landtag hält es für erforderlich, dass die Netzregulierung so verändert wird, dass zukunftsorientierte Investitionen in Netzausbau- und -modernisierung abgesichert werden. Auch auf Ebene der Verteilnetze sollen angemessene Investitionsbudgets verabredet werden können, um Anreize für Smart Grids und Smart Meter zu geben. Eine Erhöhung der Eigenkapitalrenditen für Ausbau und Modernisierung der Netze ist nicht erforderlich.
7. Der Hessische Landtag fordert die Bundesregierung auf, in einem Bundesnetzplan den Bedarf des Netzausbaus und der Netzmodernisierung festzulegen. Unter Wahrung der Bürgerbeteiligung sollten die Genehmigungsabläufe beschleunigen und zwingend eine frühzeitige strategische Umweltverträglichkeitsprüfung einführen.

8. Der Hessische Landtag sieht in der Bundesnetzagentur die richtige Einrichtung, um einen Bundesnetzplan voranzutreiben. Der Bundesnetzagentur gegenüber müssen alle Daten zur Versorgungssicherheit, insbesondere die Lastflüsse, veröffentlicht und zur Verfügung gestellt werden.
9. Der Hessische Landtag begrüßt die Forschungsansätze des in Kassel ansässigen Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES), Strom aus Offshore-Windkraft mithilfe der Elektrolyse in Wasser und Wasserstoff aufzuspalten und aus dem Wasserstoff Methan zu gewinnen, das in das bestehende Erdgasnetz eingespeist werden kann. Diese und weitere Formen der Energiespeicherung und des Transports müssen in die Diskussion des Netzausbaus mit berücksichtigt werden.
10. Der Hessische Landtag erinnert daran, dass er sich sowohl auf Initiative der SPD als auch der Grünen schon 2007 mit Gesetzentwürfen für ein hessisches Erdkabelgesetz beschäftigt hat. Aus Sicht des Landtags sollte der Möglichkeit der Erdverkabelung in Siedlungsnähe beim geplanten Netzausbau durch gesetzliche Vorgaben eine höhere Priorität eingeräumt werden. Zwar stellen Erdkabel auch einen Eingriff in Natur und Landschaft dar, treffen aber bei der Bevölkerung auf höhere Akzeptanz.
11. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, unter Einbeziehung von Sachverständigen die dena-II-Netzstudie sowie den Plan N der Deutschen Umwelthilfe im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr sowie im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gemeinsam vorzustellen und die Szenarien und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf Hessen zu erörtern.

Wiesbaden, 17. Mai 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel